

einem weiteren Anstieg der bilateralen Handelsbeziehungen gerechnet. Im August d.J. hat nach offiziellen Angaben des taiwanesischen Board of Foreign Trade das Volumen der Exporte nach China eine Höhe von 2,03 Mrd. US\$ bzw. einen Anteil am Gesamtexport von 21,5% erreicht. Noch 1991 lag dieser Anteil bei 9,1%. (BBC EF, 31.10.01) -schü-

Binnenwirtschaft

24 Diskussion über Auswirkungen des WTO-Beitritts

Die Abstimmung der WTO-Mitgliedsstaaten über Chinas Aufnahme während der 4. Ministerkonferenz in Doha fand in China und Hongkong, aber auch im Ausland ihr Echo in zahlreichen Interviews und Stellungnahmen. Dabei konzentrierten sich die Beiträge auf die Frage nach den voraussichtlichen Auswirkungen des Beitritts. Neben sehr positiven und teilweise wohl zu optimistischen Erwartungen, wurden vor allem Befürchtungen hinsichtlich einer Zunahme der Arbeitslosigkeit geäußert.

So berichtet die Nachrichtenagentur Zhongguo Tongxun She in Hongkong, dass Experten mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in den ersten Jahren nach dem WTO-Beitritt rechnen. Andererseits werde diese jedoch durch eine deutliche Zunahme neuer Arbeitsplätze kompensiert werden. Der Bericht geht von positiven mittelfristigen Entwicklungen für den Arbeitsmarkt aus.

Obwohl angenommen werden könne, dass die WTO-Mitgliedschaft das Wirtschaftswachstum um jährlich 3 Prozent erhöhen und neue Arbeitsplätze für rd. 12 Mio. Menschen schaffe, sei nach Ansicht von Experten auch mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren zu rechnen. Die Berechnungen des Wachstums basieren auf einem Zustrom von Auslandskapital von rd. 100 Mrd. US\$ pro Jahr bis zum Jahr 2005. Hierdurch werde zusätzliches Wachstum von 3% geschaffen, das sich wiederum in der Zunahme der Beschäftigung niederschlagen werde. Die po-

sitive Beschäftigungswirkung wird auf die Ausweitung der Exporte von arbeitsintensiven Produkten, insbesondere Textilien, Bekleidung, Nahrungsmittel, Lederprodukte, Bausektor etc. zurückgeführt. Die Ausweitung der Textilquoten für China könne jährlich 25-27% betragen. Vorausgesagt wird eine Zunahme der Beschäftigung in der Textilindustrie um 2,82 Mio. Arbeitskräfte, in der Bekleidungsindustrie um 2,61 Mio. Arbeitskräfte, in der Nahrungsmittelindustrie um 170.000 und in der Bauindustrie um rd. 930.000 Arbeitskräfte.

Der Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen werde, dem o.g. Bericht zu folge, die Bedeutung Chinas als Basis der weiterverarbeitenden Industrie enorm erhöhen, vergleichbar mit der Japans in den 70er und 80er Jahren und der Bedeutung der USA nach dem 2. Weltkrieg. Die damit verbundene positive Entwicklung der Beschäftigung werde durch die Expansion des Dienstleistungssektors gestärkt. Erwartet wird, das im Dienstleistungssektor zusätzlich rd. 2,6 Mio. Arbeitsplätze innerhalb von sieben Jahren nach dem Beitritt geschaffen werden.

Neben diesen positiven Beschäftigungseffekten sieht der Bericht die Gefahr, dass durch die Anpassung und Verbesserung der Industriestruktur in Form von Fusionen, Schließungen und Konkursen auch Arbeitskräfte freigesetzt werden. Dies gelte vor allem für die Metallurgie, Kfz-Industrie, Maschinenbau, Verarbeitung von Getreide und Speiseöl sowie für elektronische Kommunikationsausrüstungen. Experten erwarten, dass die meisten Entlassungen innerhalb der ersten sieben Jahren nach dem WTO-Beitritt vor allem die Beschäftigung in den Branchen Kfz-Industrie (Rückgang der Beschäftigung um 500.000), Maschinenbau (-300.000), Verarbeitung von Getreide und Speiseöl (-130.000), elektronische Kommunikationsausrüstungen (-110.000), elektrische Maschinen und Instrumente (-170.000) negativ beeinflussen werde. Aufgrund des erwarteten Anstiegs der friktionellen Arbeitslosigkeit um 3-4 Mio. werde die Arbeitslosenquote voraussichtlich um 2 Prozent in den Städten steigen. (FBIS-CHI-2001-11-21)

Eine positive Einschätzung hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen vertritt auch der US-Ökonom Nichlos Larday. Der Beitritt zur WTO biete China die Chance zu einem der größten Hersteller von Elektronik, Halbleitern und Computer-Hardware zu werden. Die Ausweitung der Textilexporte könne Lardy zufolge zusätzlich fünf Mio. neue Arbeitsplätze schaffen. Schwierig dagegen werde die Reform des Finanzsektors, die anderen Umstrukturierungen noch hinterherhinke. (NfA, 7.11.01)

Auch Wang Lei, ehemaliger Direktor der WTO-Abteilung beim MOFTEC und Mitglied der chinesischen WTO-Verhandlungsdelegation, geht davon aus, dass nach dem Beitritt die ausländischen Direktinvestitionen deutlich steigen werden. Während einer Konferenz Anfang November in Beijing wies Wang darauf hin, dass sich die Transparenz der rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und die Vorhersehbarkeit der Marktentwicklung erhöhen werde. Hierdurch werde das Vertrauen der Investoren gestärkt. (BBC EF, 10.11.01)

Nach Einschätzung des Wissenschaftlers Yi Xianrong von der Chinese Academy of Social Sciences, werden die Auswirkungen des WTO-Beitritts auf die Landwirtschaft weniger negativ ausfallen als allgemein angenommen. Bei einer dynamischen Betrachtung würden sich viele Probleme anders darstellen. Zwar sei es richtig, dass die Einkommen der chinesischen Bauern sehr niedrig und die chinesischen Agrarprodukte wenig wettbewerbsfähig seien. Auch verlaufe der Urbanisierungsprozess nur sehr langsam. Diese Probleme sind Yi zufolge jedoch vor allem eine Folge der Diskriminierung der Bauern durch die staatliche Politik, insbesondere hinsichtlich der Restriktionen gegenüber der Arbeitsmobilität der Bauern. Auch zukünftig könne damit gerechnet werden, dass viele Bauern auf dem Lande leben und arbeiten wollten. Um die kostengünstigen Produktionsbedingungen zu nutzen, müsste eine Konzentration auf arbeitsintensive Produktion wie Früchte, Gemüse und Frischblumen mit einer höheren Wertschöpfung erfolgen. Der Wettbewerb in Agrarbereich mit Konkurrenten, die über weit mehr Anbauflächen, Technologie und Kapital verfüg-

ten, würde dagegen wenig Sinn machen. (FBIS-CHI-2001-1110)

Damit chinesische Agrarprodukte nach dem WTO-Beitritt wettbewerbsfähig werden, sollten nach Einschätzung des stellvertretenden Landwirtschaftsministers Zhang Baowen die Unternehmensstrukturen im Agrarbereich gestärkt werden. Agrarorganisationen und führende Unternehmen im Agrarsektor seien notwendig, die die Bauern bei ihrer Marktorientierung unterstützten. (BBC EF, 10.11.01)

In seinem Interview Anfang November beantwortete der langjährige WTO-Delegationsleiter der chinesischen Seite, Long Yongtu, ebenfalls Fragen hinsichtlich der binnenwirtschaftlichen Auswirkungen des WTO-Beitritts. Long geht davon aus, dass weder mit einem Angriff (auf die Stabilität der Wirtschaft des Landes) gerechnet werden müsse noch ein Wirtschaftswunder über Nacht erwartet werden könne. Der Maßstab für Pro und Kontra des WTO-Beitritts sei, dass China seine wirtschaftliche Souveränität beibehalten und seine wirtschaftlichen Interessen seit Beginn der außenwirtschaftlichen Öffnung wahrnehmen konnte. Eine Reihe von technologie- und kapitalintensiven Unternehmen würden mit neuen Herausforderungen nach dem Beitritt konfrontiert werden. Die marktwirtschaftlichen Bedingungen würden nur die starken Unternehmen überleben lassen. Im Dienstleistungssektor seien allerdings Übergangszeiten vereinbart, die die Entwicklung neuer Branchen wie Finanzen, Versicherungen und Telekommunikation zunächst noch schützten. (FBIS-CHI-2001-1109) -schü-

25 Aktienemission ausländischer Unternehmen zugelassen

Anfang November kündigte Laura Cha, stellvertretende Vorsitzende der China Securities Regulatory Commission (CSRC) an, dass ausländische Unternehmen nach dem WTO-Beitritt Aktien an den inländischen Börsen notieren könnten.

Ausländische Unternehmen sollen A-Aktien (noch vorbehalten für chinesische Anleger) sowie B-Aktien (in Dollar notiert und vorbehalten für Aus-

länder und Chinesen mit Devisenkonten) ihrer chinesischen Töchter dann ausgeben können, wenn sie zu 10% an den lokalen Unternehmen beteiligt sind.

Interesse an einem Börsengang in China zeigten bereits das US-Versicherungsunternehmen AIG, Unilever und Royal Philips Electronics sowie die Bank of East Asia.

Der B-Aktienmarkt entwickelte sich in diesem Jahr bereits dynamisch und ist für ausländische Unternehmen sehr attraktiv. (*The Straits Times*, 31.10., 6.11.01; FAZ, 9.11.01; HB, 9.11.01; XNA, 15.11.01)

Während der Aktienmarkt um ein neues Segment bereichert wird, ist die Frage der Gründung einer Technologiebörse in Shenzhen weiter ungeklärt. Ausländische Analysten warnen vor der Gründung einer Börse für technologieorientierte Unternehmen, bevor diese nicht internationale Standards in den Bereichen Forschung und Entwicklung erreicht haben.

Nach Einschätzung von Larry Lang, Professor für Finanzwissenschaften an der Chinese University of Hong Kong, wollten die meisten chinesischen Hightech-Unternehmen die Börse nur für die Erhöhung ihrer Kapitalbasis nutzen. An einer Ausweitung von Forschung und Entwicklung zeigten diese Unternehmen weniger Interesse. Lang geht davon aus, dass lediglich 20% dieser Unternehmen an Forschung und Entwicklung interessiert sind. Die Vernachlässigung einer konsistenten und progressiven Forschung und Entwicklung würde die Anleger bereits nach kurzer Zeit enttäuschen und zu einem Kursverlust der Aktien dieser Unternehmen führen. (AWSJ, 1.11.01) -schü-

26 Hightech-Industrien auf der Überholspur

Während des zweiten chinesisch-deutschen Technologieforums im Oktober in Beijing wies Zeng Peiyan, Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, auf die schnelle Entwicklung der Hightech-Industrien hin. Zwischen 1996 und 2000 hätten sich die verarbeitenden Hightech-Industrien mit einem durchschnittlichen Jahreswachstum von 21,2%, um 11 Prozentpunkte, wesentlich schnel-

ler entwickelt als die Industrie insgesamt. Die Hightech-Exporte nahmen in diesem Zeitraum jährlich um 38,4% zu, ein um rd. 28 Prozentpunkte höheres Wachstum als die Gesamtausfuhren. Während auf Hightech-Exporte im Jahre 1996 erst ein Anteil von 8,4% entfallen sei, habe sich dieser Anteil bis zum Jahre 2000 auf 14,9% erhöht.

Zeng hob in seiner Rede die zunehmende Diversifizierung der Hightech-Industrien hervor, die sich in dem Angebot neuer Produkte widerspiegeln würde. Daneben sei als Ergebnis der Anwendung von moderner Biotechnologie auch eine Hightech-Landwirtschaft im Entstehen. Dazu zähle die Entwicklung von 400 neuen Saatgutarten für Getreide, Baumwolle und anderen Agrarprodukten. Weiterhin sei eine schnelle Entwicklung von Hightech-Dienstleistungen zu beobachten. Mit der Zunahme von Computer-, Internet-, Multimedia-, Telekommunikations- und Software-Technologien sei die Entwicklung der Hightech-Dienstleistungen in eine neue Entwicklungsphase eingetreten.

Geographisch betrachtet seien neue Industrien vor allem in der Yangtse-Deltaregion, in der Perlfuss-Deltaregion in der Bohai-Region und entlang der Autobahn Shenyang-Dalian entstanden. Jede dieser Regionen habe ihre Eigenheiten. Vor allem die Entwicklung der Hightech-Industrien in Beijing, Shanghai, Shenzhen und Xi'an verlief ermutigend. Während des 9. Fünfjahresplanes verzeichnete die Hightech-Industrie in Shenzhen durchschnittliche Wachstumsraten von 25%, und der Anteil dieser Industrien am gesamten Industrieoutput stieg auf 23%. (BBC EF, 1.11.01) Im letzten Jahr lag der Bruttoproduktionswert von Hightech-Erzeugnissen bei rd. 1.910 Mrd. Yuan (230,7 Mrd. US\$). (NfA, 19.11.01)

Um die Entwicklung von Hightech-Industrien weiter zu fördern, sollen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP von rd. 1% im Jahre 2000 auf 1,5% im Jahre 2005 erhöht werden. Das Volumen der F&E-Ausgaben lag im Jahre 2000 bei rd. 90 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 17% gegenüber 1999. Auf die Grundlagenforschung entfiel ein Anteil von 5,2%, auf die angewandte Forschung 17% und auf die Entwicklung 77,8%. Die In-

dustrie trug mit rd. 55% am stärksten zu den F&E-Ausgaben bei. Auf staatlich geförderte Forschungs- und Entwicklungsstätten entfiel ein Anteil von 28,8%.

Insgesamt bestehen rd. 190 nationale Forschungs- und Entwicklungszentren, die zunehmend aus Staatseinheiten ausgegliedert werden und kommerzielle Forschung und Entwicklung betreiben. Ausländische Unternehmen sollen verstärkt in der Forschung und Entwicklung aktiv werden, vor allem in der Entwicklung von Hightech-Exportprodukten. Diesen Unternehmen soll dann ein vereinfachtes Verfahren zum Export dieser Produkte angeboten werden. (NfA, 19.11.01)

Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Entwicklung neuer Technologien und einer wissensbasierten Wirtschaft fand Anfang November dieses Jahres in Beijing eine Konferenz der UNDP (United Nations Development Program) statt. Der stellvertretende Ministerpräsident wies auf der Konferenz auf die negativen Effekte der Entwicklung der Weltwirtschaft hin, insbesondere auf das Ungleichgewicht des globalen Wirtschaftswachstums, das durch die „digital divide“ verstärkt würde. (XNA, 2.11.01) Diese Entwicklung ist auch für China erkennbar, da sich im Wesentlichen nur bestimmte Küstenregionen zu Zentren der neuen Hightech-Industrien entfaltet haben. -schü-

27 Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsentwicklung setzt Prioritäten für das Jahr 2002

Ende November fand in Beijing die jährliche Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsentwicklung der Zentralregierung statt. In einer Rede auf der Konferenz hob Jiang Zemin zunächst die wichtigsten Entwicklungen des laufenden Jahres hervor und kündigte dann die politischen Richtlinien für das kommende Jahr an.

Zu den positiven Entwicklungen in diesem Jahr wurde die Aufrechterhaltung eines relativ hohen Wachstumstempos unter den Bedingungen einer Abschwächung des globalen Wirtschaftswachstums gezählt. Die nationale Wirtschaft habe sich in einer nachhaltigen, schnellen und gesunden

Art entwickelt, die Intensität der wirtschaftlichen Umstrukturierung habe sich verstärkt, die Anlageinvestitionen und der private Konsum seien gestiegen, der Außenhandel sowie die Nutzung ausländischen Kapitals habe zugenommen und die Entwicklung Westchinas habe vorangetrieben werden können.

Für das kommende Jahr beschloss die Arbeitskonferenz folgende Richtlinien (BBC PF, 29.11.01):

- 1) Steigerung der Einkommen der städtischen und ländlichen Bevölkerung und Entfaltung ihrer Konsumnachfrage.
- 2) Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung und Ausweitung der Nachfrage auf den ländlichen Märkten.
- 3) Fortsetzung der aktiven Finanzpolitik und einer stabilen Geldpolitik.
- 4) Fortsetzung der Reform der staatseigenen Unternehmen und der Reformen in anderen Bereichen.
- 5) Verbesserung und Regulierung der Marktordnung. Aktuelle Probleme sollen gelöst sowie die Hindergründe der Probleme erkannt werden.
- 6) Förderung der Exporte, verstärkte Nutzung von Auslandskapital und Vorbereitungen für die Mitgliedschaft in der WTO.
- 7) Fortsetzung der Strategie des Aufbaus eines starken Landes durch den Einsatz von Wissenschaft und Bildung.
- 8) Veränderung der Leitungsfunktionen und der Verantwortlichkeiten der Regierung, Bekämpfung von Extravaganz und Verschwendung.

Dass auch im folgenden Jahr eine Konjunkturförderung notwendig ist, wird mit Blick auf die Entwicklung der ökonomischen Grunddaten deutlich. So stieg der Konsumgüterpreisindex lediglich um 0,2% im Oktober d.J. gegenüber der Vorjahresperiode; im September war er sogar um 0,1% zurückgegangen. Vor diesem Hintergrund wurden Befürchtungen einer erneuten Deflation laut. (ASWJ, 13.11.01)

Weiterhin hat sich die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen abgeschwächt. Von Januar bis Oktober

stiegen die Anlageinvestitionen um 17,4% und lagen damit unter dem entsprechenden Wachstum des Vorjahres. (XNA, 17.11.01)

Das Exportwachstum in den ersten neun Monaten d.J. in Höhe von 7% blieb ebenfalls deutlich unterhalb der Wachstumsrate der Vorjahresperiode von 11,3%. Im Oktober betrug die Zunahme lediglich 0,1%, während die Importe um 0,2% sanken. (XNA, 15.11.01) Insgesamt jedoch besteht noch ein Handelsüberschuss von 17,33 Mrd. US\$ in den ersten 10 Monaten d.J. (FT, 14.11.01)

Nach Einschätzung der Zentralbank könnten sich die terroristischen Angriffe auf die USA vor allem in folgenden Bereichen für die chinesische Wirtschaft auswirken: (BBC PF, 31.10.01)

- 1) Einfluss auf das Wachstum des Außenhandels. Es kann von einer Zeitverzögerung bei den Auswirkungen um rd. ein Vierteljahr ausgegangen werden, sodass sich die Einflüsse erst in der ersten Hälfte des kommenden Jahres zeigen werden.
- 2) Einfluss auf die Devisenreserven. Mit einem Rückgang der Exporte könnten die Devisenreserven beeinflusst werden. Bei steigenden Erdölpreisen würde der Exportüberschuss weiter zurückgehen und die Devisenreserven sinken.
- 3) Einfluss auf den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen. Aufgrund des Wirtschaftsabschwungs in den USA und weltweit sowie der verstärkten Forderung der USA nach sicheren Investitionsstandorten, könnte es zu einer Verlagerung von Investitionsströmen kommen. Es ist anzunehmen, dass China zu den Nutznießern der Veränderung von Investitionsstrategien gehören wird.
- 4) Einfluss auf Wechselkurs. Mit einer Schwächung des Wechselkurses des US-Dollar könnte auch eine entsprechende Schwächung des RMB-Wechselkurses in einem Ausmaß von 5-10% einhergehen.
- 5) Einfluss auf Zinsen. Da viele Länder eine Lockerung ihrer Geldpolitik angekündigt haben,

um die negativen Effekte des 11. September zu überwinden, könnte dies zu einem Druck auf die Zinsen in China führen.

Während die Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte stärken kann, wird die Entwicklung der USA vor allem für eine Belebung der Exporte entscheidend sein. Für das laufende Jahr wird – basierend auf offiziellen Statistiken – nach Einschätzung der meisten Analysten noch ein Wirtschaftswachstum von mindestens 7% erreicht werden können. (IHT, 8.11.01) -schü-

SVR Hongkong

28 Proteste gegen zweite Amtszeit Tung Chee-hwas als Regierungschef

Tung Chee-hwa hat seine erneute Kandidatur für die im Frühjahr nächsten Jahres beginnende zweite Amtszeit des *Chief Executive* der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong noch nicht verkündet. Dennoch haben sich seine politischen Gegner bereits in einer Form „vorausseilenden Ungehorsams“ zu Protesten zusammengefunden.

Am 25. November, einem Sonntag, zogen rund 500 Demonstranten durch das Zentrum Hongkongs vom Victoria Park zum Regierungsgebäude. Sie folgten dem Aufruf von Emily Lau, Abgeordneter im *Legislative Council* und demokratischer Aktivistin der ersten Stunde. Diese hatte eine „Coalition against a Second Term“ initiiert, an der sich rund dreißig pro-demokratische Gruppierungen Hongkongs anschlossen. Öffentliche Aufmerksamkeit erhielten die Proteste vor allem auch dadurch, dass Emily Lau am selben Tag in einem Fernsehinterview des Senders Radio Television Hong Kong (RTHK) Gelegenheit hatte, die Motive der Demonstrationen zu erläutern.

So vertrat Emily Lau die Ansicht, dass ein großer Teil der Hongkonger Bevölkerung mit der politischen Führung und Entscheidungsschwäche, der verbreiteten Vetternwirtschaft sowie dem

mangelnden Respekt der Regierung für Rechtsstaatlichkeit („rule of law“) zunehmend unzufrieden sei. Unter der Führung Tung Chee-hwas habe sich der Eindruck intensiviert, dass ihm nahe stehende Personen eine bevorzugte Behandlung genossen. Großen Schaden hätte die Ersuchung des Nationalen Volkskongresses in Beijing um eine Auslegung des Hongkonger *Basic Law* in der Frage des ständigen Aufenthaltsrechts von Festländern im Sommer 1999 angerichtet, die in der SVR eine starke Verunsicherung ausgelöst habe. Zuvor hatte Frau Lau geäußert, dass viele Hongkonger Geschäftsleute, Politiker und andere Berufsgruppen die Regierungsarbeit seit 1997 sehr negativ einschätzten. Aus Furcht vor einer Beeinträchtigung ihrer kommerziellen bzw. politischen Interessen wagten sie jedoch nicht, ihre Unzufriedenheit an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die sich nun häufenden Proteste geben den Auftakt zu dem, was man als „negativen Wahlkampf“ bezeichnen könnte. Die politische Opposition ebenso wie die Öffentlichkeit schauen gebannt auf Tung Chee-hwa als einen Kandidaten, der seine Kandidatur noch nicht erklärt hat, von dem aber jeder ausgeht, dass er dies rechtzeitig vor dem März 2002 tun wird, zumal sich ein ernsthafter Gegenkandidat bisher nicht profiliert hat. Entsprechend aufmerksam wird jeder seiner öffentlichen bzw. halböffentlichen Auftritte, sämtliche Worte und Gesten sorgfältig darauf hin abgewogen, wie er sich dadurch im Hinblick auf seine bevorstehende Kandidatur positionieren könnte.

So wurde eine pessimistische Einschätzung Tung Chee-hwas hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung Hongkongs, die er Mitte November vor führenden Geschäftsleuten abgab, als Signal dafür gewertet, dass er sich mittels eines möglichst frühzeitigen Eingeständnisses der gewaltigen ökonomischen Herausforderungen der SVR für die Phase vor dem Amtswechsel möglichst den Rücken freihalten wollte. Andere mutmaßten, dass Tung die Verkündung seiner Kandidatur möglichst lange hinauszögern werde, weil er ab diesem Zeitpunkt laut Hongkonger Verwaltungsvorschriften peinlich genaue Auskunft über seine Wahlkampfausgaben geben

müsse. Schließlich wurde das Populartätstief Tung Chee-hwas als Faktor für seine abwartende Haltung angeführt – sein Beliebtheitsgrad bei der Bevölkerung stagniert laut Umfragen nach wie vor auf einem Wert leicht unter dem Durchschnitt der Populartätswerte Hongkonger Prominenter.

In diesem Schwebezustand scheint die chinesische Führung in Beijing sich zu vornehmer Zurückhaltung entschlossen zu haben. Während Ministerpräsident Zhu Rongji sich während seines Europabesuchs im September noch ambivalent-kritisch über die mangelnde politische Entscheidungs- und Umsetzungsfreude der Hongkonger Regierung geäußert hatte, sind zuletzt aus Beijing weder positive noch negative Töne zur Person Tung Chee-hwas erklingen. Allerdings hat nach Angaben der *International Herald Tribune* die Hongkonger Tageszeitung *Apple Daily* Ende November davon berichtet, dass Vertreter der chinesischen Zentralregierung bei ausländischen Consultants, Geschäftsleuten und Wissenschaftlern Erkundungen eingeholt hätten. Insbesondere wollten die Beijinger Gesandten angeblich wissen, ob Hongkong besser gestellt wäre, wenn Tung Chee-hwa nicht für eine zweite Amtszeit als Regierungschef antreten würde.

Die Frage erscheint müßig, so lange sich aus den Reihen der gegenwärtigen Führungsspitze oder der politischen Parteien kein ernst zu nehmender Gegenkandidat erhebt, von dem man zugleich erwarten könnte, dass er oder sie Beijings Rückendeckung hätte. Eine mögliche Variante, die seit mehreren Monaten in Hongkong kursiert, wäre etwa die Wiederwahl Tung Chee-hwas zum Regierungschef – mit der stillschweigenden Übereinkunft, dass dieser deutlich vor Ablauf der zweiten Amtszeit aus Gesundheitsgründen seinen Rücktritt erklärt und den Weg für einen Nachfolger freimacht. Als relativ aussichtsreicher Kandidat für einen solchen „weichen“ Führungswechsel wird Antony Leung gehandelt, der im April dieses Jahres Donald Tsang als *Financial Secretary* abgelöst hat und sich in dieser Funktion bisher weitgehend einen guten Namen gemacht hat. (RTHK Radio 3, 11., 19., 20., 22., 25.11.01, nach BBC, 11., 19., 20., 22., 25.11.01; Hong Kong SAR government web site, 25.11.01,